

## Neudruck

### Antrag

der CDU-Fraktion und  
der BVB / FREIE WÄHLER Gruppe

### **Die regionale Identität erhalten - Kompetenzzentrum einrichten und interkommunale Zusammenarbeit fördern**

#### **Der Landtag möge beschließen:**

Die Landesregierung wird aufgefordert, unter Einbeziehung der kommunalen Spitzenverbände

1. dem Landtag ein „Konzept zur Förderung der interkommunalen Zusammenarbeit im Land Brandenburg“ bis zum Ende des zweiten Quartals des Jahres 2017 vorzulegen, in dem Grundlagen festgelegt werden, die eine effizientere Erfüllung der pflichtigen und freiwilligen Aufgaben der Landkreise, Städte, Gemeinden und Ämter durch interkommunale Kooperationen über alle Ebenen hinweg ermöglichen.
2. und auf Grundlage des durch den Landtag beschlossenen Konzepts zur Förderung der interkommunalen Zusammenarbeit ein Kompetenzzentrum für die interkommunale Zusammenarbeit im Land Brandenburg einzurichten.
3. die notwendigen rechtlichen und haushälterischen Grundlagen im Jahr 2018 in den Landtag einzubringen, so dass das beschlossene Konzept zur Förderung der interkommunalen Zusammenarbeit möglichst effektiv umgesetzt werden kann.

#### **Begründung:**

Die Verwaltungen der Landkreise, Städte, Gemeinden und Ämter im Land Brandenburg müssen sich auf die unterschiedlichen Folgen des demografischen Wandels einstellen. Dafür ist es notwendig, dass sie ihre Verwaltungskraft unter Beibehaltung der administrativen und kommunalpolitischen Bürgernähe stärken und Spielräume entwickeln, den demografischen Wandel vor Ort zu gestalten. Dies geht am besten durch freiwillige interkommunale Zusammenarbeit, bei der Lasten und Ressourcen geteilt werden, um gemeinsame Vorteile zu erzielen. Enge Kooperationen bei der Aufgabenerfüllung über alle kommunalen Ebenen hinweg stellen hierfür ein wirksames Mittel dar. Dies gilt auf horizontaler Ebene sowohl für die Zusammenarbeit zwischen Städten, Gemeinden und Ämtern als auch für Kooperationen zwischen Landkreisen und kreisfreien Städten. Kooperationen auf vertikaler Ebene zwischen Landkreisen, Städten, Gemeinden und Ämtern können ebenfalls wirksam ausgestaltet werden.

Durch interkommunale Zusammenarbeit lassen sich fiskalische Einsparpotenziale aufgrund steigender Skalenerträge und eine höhere Verwaltungseffizienz erzielen. Es können zum einen Effizienzressourcen erschlossen und zum anderen entstehende Spezialisierungsdefizite ausgeglichen werden. Durch die Freisetzung erheblicher Ressourcen für andere Aufgaben und Bedarfe können insbesondere die Herausforderungen des demographischen Wandels einschließlich des Älterwerdens der Gesellschaft, der Perspektiven der jungen Familien und der ungleichen Einwohnerverteilung angegangen, regionale Vernetzung gefördert sowie wirtschaftsnahe und arbeitnehmerfreundliche Infrastrukturen bereitgestellt werden.

Beispielsweise können durch den Ausbau der kreisüberschreitenden Kooperationen Synergieeffekte und eine verbesserte Dienstleistungsqualität in den Bereichen der kommunalen Infrastrukturen, der Ordnungsaufgaben und der Leistungsverwaltung erzielt werden. Bei den Ordnungsaufgaben gilt dies insbesondere dann, wenn sich die interkommunale Zusammenarbeit auf größere und mehrere funktional zusammengehörige Bereiche bezieht, so dass umfassendere, effizientere und leistungsfähigere Genehmigungs- und Vollzugszusammenhänge geschaffen werden. Synergieeffekte lassen sich ebenfalls auf den Handlungsfeldern Finanzen, Rechnungsprüfungsamt und Personalverwaltung erzielen. Eine Bündelung der Ressourcen im IT-Bereich könnte wegen der Anpassungsnotwendigkeiten eher langfristig zu einem nachhaltigeren Ressourceneinsatz führen.

Kooperationen können durch Mitverwaltung aufgrund einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung, aufgrund einer Zweckvereinbarung im Fall der Aufgabenübertragung sowie durch die Gründung einer Verwaltungsgemeinschaft, eines Zweckverbandes, eines Verwaltungsverbandes als eine Art des Mehr-Zweckverbandes oder einer privatrechtlich verfassten Einheit erfolgen. Durch den Einsatz sparsamer Kooperationsformen wie der Zweckvereinbarung können die Kosten reduziert werden. Aus politischen oder Kapazitätsgründen kann jedoch eine rechtlich verselbständigte Form der interkommunalen Zusammenarbeit sinnvoll sein. Die Kosten der interkommunalen Zusammenarbeit sind jedoch weitaus geringer als bei einer Kreis- und Gemeindegebietsreform.

Außerdem sind mit der interkommunalen Zusammenarbeit viel geringere politische Kosten als mit Kreis- und Gemeindegebietsreformen verbunden. Dies gilt insbesondere für die Bildung großer Regionalkreise und Flächengemeinden, in denen die regionale und örtliche Identität verloren gehen. Die regionale Überschaubarkeit der Landkreise, der örtliche Charakter der Gemeinden und das Selbstbestimmungsrecht der kreisfreien Städte bleiben demgegenüber durch interkommunale Kooperationen erhalten. Ein demokratischer Bedeutungsverlust der kommunalen Ebene wird vermieden, die Arbeitsfähigkeit in den Kommunalvertretungen erhalten und die Degradierung der Landkreise, Städte und Gemeinden zu konturlosen Verwaltungseinheiten abgewendet. Die Ausgleichs- und Ergänzungsfunktion durch die Landkreise wird nicht einer verschärften Interessenspolitik in großen Regionalkreisen geopfert. Die Auswirkungen der politischen Entscheidungen in den Landkreisen bleiben überschaubar.

In den kleineren Kreiseinheiten bleibt durch die interkommunale Zusammenarbeit weiterhin das Gewicht der eigenen Wahlstimme erhalten. Mit zunehmender Bevölkerungsgröße und Wählerzahl in Regionalkreisen würde sich der Anteil einer Wahlstimme am Wahlergebnis verringern und der Anreiz der eigenen Stimmabgabe

abnehmen. Durch interkommunale Zusammenarbeit wird zudem ein zusätzlicher Zeit- und Fahrtaufwand für ehrenamtliche Kommunalpolitiker eingespart. Die Anzahl der Termine einschließlich der Vor- und Nachbereitung wird anders als in Regionalkreisen nicht signifikant ansteigen. Zugleich sind die Fahrtstrecken im Kreisgebiet erheblich kürzer. Die Komplexität und der Umfang der Aufgaben werden sich nicht in einem erheblichen Umfang erhöhen, so dass die Kreistage deshalb wohl kein zusätzliches hauptamtliches Personal benötigen.

Durch interkommunale Zusammenarbeit wird die Zerschlagung gewachsener und bewährter Strukturen vermieden. Deshalb ist auch nicht mit einer Verschiebung der Wohnungs-, Wirtschafts- und Arbeitsmarktentwicklung zu rechnen, wie dies bei der Bildung großer Regionalkreise der Fall sein könnte. Vielmehr erlaubt der Ansatz der Kooperation den Weg einer konstruktiven Wachstumspolitik einzuschlagen, weil nicht die Infrastruktur und die Verwaltung in den ländlichen Regionen ausgedünnt werden. Bei der geplanten Kreisgebietsreform besteht die Gefahr, dass Menschen letztendlich durch eine schlechtere Versorgung in ihrer Region faktisch zum Fortzug gezwungen werden.

Die interkommunale Zusammenarbeit ist aus verwaltungstechnischer, volkswirtschaftlicher und demokratiefreundlicher Sicht eine echte Alternative zur geplanten Kreisgebiets- und Gemeindereform der Landesregierung. Deshalb sollen interkommunale Kooperationen nicht nur rechtlich und finanziell, sondern auch personell und organisatorisch durch ein Kompetenzzentrum für die interkommunale Zusammenarbeit im Land Brandenburg unterstützt werden.

Das Kompetenzzentrum soll insbesondere die Möglichkeiten und Chancen der interkommunalen Zusammenarbeit aufzuzeigen und dafür werben. Es soll ein Ort sein, an dem die unterschiedlichen Erfahrungen und Informationen zusammenführen geführt und Informationsmaterialien erstellt werden. Durch strategische und inhaltliche Arbeiten soll es die interkommunale Zusammenarbeit weiterentwickeln. Das Zentrum soll die Kommunen bei der Vorbereitung und Umsetzung von Kooperationen unabhängig beraten und unterstützen. Die Kommunen sollen jedoch eigenverantwortliche organisatorische Entscheidungen treffen, die den örtlichen Gegebenheiten und den jeweiligen regionalen Erfordernissen entsprechen.

Ingo Senftleben  
für die CDU-Fraktion

Péter Vida  
für die BVB / FREIE WÄHLER Gruppe